



TEIL A

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES TEILNAHMEANTRAGES

**EU-weiter, nicht offener, einstufiger Realisierungswettbewerb
mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und mit
anschließendem Verhandlungsverfahren für die Vergabe von
Generalplanerleistungen**

zur
Erlangung von Vorentwurfskonzepten
für die

Umgestaltung des Gebäudes Salzburger Vorstadt 15

am Standort
5280 Braunau, Salzburger Vorstadt 15

Auftraggeber:
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7, 1010 Wien

Vertreten durch die
Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
1020 Wien, Trabrennstraße 2c
Wien, 10. 12. 2019

Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
1020 Wien, Trabrennstraße 2c
T +43 5 0244 - 0, **F** +43 5 0244 - 2211
E office@big.at, **W** www.big.at

Handelsgericht Wien
FN 34897w
DVR 0737372
UID ATU38270401

BANK RLB NÖ Wien
1020 Wien, F.-W.-Raiffeisen-Platz 1
IBAN AT79 3200 0000 0046 2903
BIC RLNWATWW

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINES	4
abwicklung mittels ANKÖ e-Vergabepattform	4
Präambel	5
Wettbewerbsordnung	6
Kooperationsvermerk der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten.....	6
Begriffsbestimmungen.....	6
A PROJEKTINFORMATION.....	6
A.1 Allgemeines.....	6
A.2 Das Projekt.....	7
A.3 Projektgebiet, Zeitrahmen und KOSTENrahmen	7
B FORMALE BESTIMMUNGEN.....	8
B.1 Titel, Art und Zielsetzung	8
B.2 Verfahrensbeteiligte.....	9
B.3 Termine	10
B.4 Teilnahmeantragsunterlagen für die Bewerbungsphase	10
B.5 Anzahl der Teilnehmenden AM Wettbewerb.....	11
B.6 Aufwandsentschädigung.....	11
C ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.....	11
C.1 Teilnahmeberechtigung	11
C.2 Absichtserklärung der Auftraggeberin Einverständniserklärung der Gewinnerin / des Gewinners	13
C.2.1 Vergabe von Leistungen	13
C.2.2 Urheberrechte.....	13
C.2.3 Einverständniserklärung.....	14
C.3 Allgemeine Rechtsgrundlagen und Nachweise.....	14
C.3.1 Grundlagen des Verfahrens	14
C.3.2 Rechtsvorschriften, Normen und sonstige (allgemeine) Vorgaben	14
C.4 Eignungsnachweise.....	15
D AUSWAHLVERFAHREN	16
D.1 Zusammensetzung der Jury/der auswahlkommission/ des Preisgerichts	17
D.2 Abrufen der Teilnahmeantragsunterlagen	18
D.3 Konstituierende Sitzung der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichts.....	18
D.4 Einreichen des Teilnahmeantrages (elektronische abgabe).....	18
D.5 Einreichen der Referenzprojekte (abgabe in papierform).....	18
D.5.1 Allgemeines.....	18
D.5.2 Darstellung der Referenzprojekte	19

02/24

D.6	Vorprüfung der Teilnahmeanträge.....	19
D.7	Sitzung der Jury/der auswahlkommission/des preisgerichtes	20
D.8	Auswahlkriterien	20
	D.8.1 Mindestanforderungen an die Referenzprojekte	21
	D.8.2 Bewertung	21
	D.8.3 Einladung zum Wettbewerb.....	21
E	VORINFORMATION ZUM WETTBEWERB.....	22
E.1	Anonymität	22
E.2	Aufwandsentschädigung.....	22
E.3	Ausarbeitung	22
E.4	Beurteilungskriterien	23
F	SONSTIGES.....	23
F.1	Zuständige Vergabekontrollbehörde.....	23
F.2	Vertraulichkeit und Urheberrecht.....	24
F.3	Datenschutz	24
G	Beilagen.....	24

ALLGEMEINES

ABWICKLUNG MITTELS ANKÖ E-VERGABEPLATTFORM

Gemäß den Vorgaben des Bundesvergabegesetzes (BVergG 2018) wird das Teilnahmeverfahren nach Maßgabe folgender Bestimmungen elektronisch mittels einer e-Vergabeplattform (für die BIG über die e-Vergabeplattform des ANKÖ) durchgeführt:

Unbeschadet der nachfolgenden Festlegungen erfolgt die Kommunikation betreffend wesentliche Bestandteile des gegenständlichen Vergabeverfahrens ausschließlich elektronisch **über die ANKÖ e-Vergabeplattform (im Folgenden kurz "Vergabeportal")** und beinhaltet jedenfalls:

- n Teilnahmeantragsbekanntmachung
- n Bereitstellung der Teilnahmeunterlagen
- n Fragenbeantwortung
- n Bekanntgabe (Protokoll) des Ergebnisses der Teilnahmeanträge

- n Wettbewerbsbekanntmachung
- n Bereitstellung der Wettbewerbsunterlagen (Teil A-D)
- n Bereitstellung des Protokolls zur örtlichen Begehung und dem Kolloquium
- n Fragebeantwortung
- n Elektronische Abgabe des Verfasserbriefes im PDF-Format
- n Bekanntmachung (Protokoll) des Wettbewerbsergebnisses

Ausschließlich die nach dem hier beschriebenen Verfahren ermittelten Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden zur Wettbewerbsstufe eingeladen und erhalten die Unterlagen des Wettbewerbes.

04/24

Die Kommunikation über das Vergabeportal erfolgt ausschließlich mit den bei der Registrierung bekannt gegebenen Kontaktdaten.

Die Anonymität der Teilnehmenden ist jedenfalls bis zum Abschluss der Beurteilung im Rahmen der Jury/der Auswahlkommission gewährleistet.

Die Teilnahmeunterlagen (d. h. mit Ausnahme des Teilnahmeantrages alle weiteren Unterlagen, die seitens der Teilnehmerin / des Teilnehmers gemäß Teil B der Ausschreibung einzureichen sind, z. B. Planteil, Beilagen zum Planteil, digitale Daten) ist mit der Post, Paket- oder Botendienst (in Papierform) **bei der Verfahrensorganisation abzugeben**; dies deshalb, um dem jeweiligen Anspruch der Teilnehmerin / des Teilnehmers an Maßstabtreue sowie an Papier- und Druckqualität zu entsprechen:

Bitte beachten Sie die Abgabe-Termine in Punkt B.3. Das Risiko des rechtzeitigen Einlangens trägt die Teilnehmerin / der Teilnehmer.

Soweit die Kommunikation über das Vergabeportal erfolgt, gilt als maßgebliche Uhrzeit ausschließlich die Serverzeit des Vergabeportals, die mit dem Anmelden auf dem Vergabeportal angezeigt wird.

Eine entgegen diesen Maßgaben erfolgte Übermittlung durch die Teilnehmerin / den Teilnehmer, insbesondere eine Übermittlung per E-Mail oder Fax, ist nicht zulässig. Solche unzulässigen Übermittlungen gelten als unbeachtlich und werden nicht berücksichtigt.

Die geforderte elektronische Übermittlung erfordert eine qualifizierte elektronische Signatur.

Die Rechtsgültigkeit meiner (unserer) elektronischen Signatur im Rahmen der elektronischen Abgabe über das Vergabeportal umfasst sämtliche angeführten Erklärungen und Verpflichtungen.

Informationen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Vergabeportal:

- n Eine Kostenlose Registrierung beim ANKÖ (<https://vergabeportal.at>) ist erforderlich. Nach erfolgreicher Registrierung können die bereitgestellten Auslobungsunterlagen eingesehen werden.
- n Eine **rechtzeitige Aktivierung** (spätestens 2 Wochen vor Teilnahmeantragsabgabe) einer elektronischen Signatur ist erforderlich (www.handysignatur.at).

ACHTUNG NICHT-ÖSTERREICHISCHE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER:

Teilnahmeanträge können nur mit einer österreichischen Signatur signiert werden (Freischaltung einer österreichischen Handy-Signatur ist z.B. nur mit einem österreichischen Mobiltelefonvertrag möglich!)

Alternative: Die Firma ANKÖ bietet gegen Entgelt ein Service zur Signierung der Teilnahmeanträge an. Hierfür muss rechtzeitig mit der Firma ANKÖ Kontakt aufgenommen werden um die erforderliche Vollmacht erteilen zu können (support@ankoe.at).

- n Technischer Support der Firma ANKÖ unter support@ankoe.at oder +43 1 333 66 66-0 (08:00 bis 18:00 Uhr)
- n Siehe dazu das "Merkblatt e-Signatur", abrufbar unter https://www.ankoe.at/fileadmin/images/Formulare/fuer_Auftraggeber/Handbuch/Merkblatt_zur_Elektronischen_Signatur.pdf
- n Die Verschlüsselung einer hochgeladenen Datei übernimmt das Vergabeportal über einen automatisch generierten Ausschreibungsschlüssel. Eine eingereichte Datei darf bei sonstigem Ausscheiden nicht mit einem persönlichen Schlüssel verschlüsselt werden.
- n Seitens des Vergabeportals wurden technische Vorkehrungen getroffen, die die ständige Erreichbarkeit des Vergabeportals kontrollieren. Bei einem Ausfall der Erreichbarkeit wird – in Abhängigkeit der Dauer und dem Zeitabstand zum Abgabetermin - die Abgabefrist angemessen verlängert und die Teilnehmerin / der Teilnehmer hiervon gesondert verständigt (s. dazu im Detail die "Nutzungsbedingungen" abrufbar unter: https://www.ankoe.at/fileadmin/images/Formulare/AGB_u_Vertragsbest/Nutzungsbedingung_Vergabeportal.pdf).
- n Das Vergabeportal prüft eine eingereichte Datei mittels automatisch aktuell gehaltenen Anti-Viren-Programmen. Eine als virenverseucht erkannte Datei kann nicht geöffnet und folglich nicht weiter berücksichtigt werden.
- n Bei Widersprüchen zwischen den Angaben der Ausloberin in der "Bekanntmachung" im Vergabeportal und den sonst von der Ausloberin im Vergabeportal zur Verfügung gestellten Unterlagen gelten die Angaben in der "Bekanntmachung".

05/24

PRÄAMBEL

Die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) betrachtet den Architekturwettbewerb als ein entscheidendes Instrument zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Baukultur in Österreich; als eine der bedeutendsten Auftraggeberinnen in Österreich erkennt sie ihre besondere Verantwortung und die damit verbundenen Möglichkeiten, richtungsweisend und beispielgebend zu wirken. Dementsprechend fordert sie alle an diesen Zielen interessierten Architektinnen und Architekten auf, sich produktiv an

den Verfahren zu beteiligen. Das gilt nicht nur für weitblickende Expertinnen und Experten für die jeweils konkrete Themenstellung, sondern für alle, die ihre umfassende baukünstlerische Kompetenz im Rahmen der Verfahren einbringen wollen. In diesem Zusammenhang ist es der BIG ein Anliegen, auch junge Architektinnen und Architekten in die Wettbewerbe einzubeziehen.

Ziel ist es, ein möglichst breites Spektrum an hochwertigen Arbeiten zu erlangen, die nicht nur den gegenwärtigen Stand der Entwicklungen reflektieren, sondern auch überzeugend neue Wege aufzeigen. Wesentlich ist, dass es gelingt, auf die in der Regel hochkomplexen Sachverhalte architektonisch eigenständig, innovativ, wirkungsvoll und wirtschaftlich vertretbar zu reagieren.

Die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) ist daher an unterschiedlichen architektonischen Positionen und Haltungen interessiert.

WETTBEWERBSORDNUNG

Die gegenständliche Unterlage stellt gemäß § 165 Abs. 3 Bundesvergabegesetz (BVerG) i.d.g.F. die Wettbewerbsordnung für die Präqualifikationsstufe dieses Verfahrens dar und wurde in Anlehnung an den WSA 2010, Teil B WOA 2010 erstellt.

Die gegenständliche Unterlage gilt auch für die nachfolgenden Wettbewerbsstufen, wobei sie durch weitere Teile ergänzt werden kann.

06/24

KOOPERATIONSVERMERK DER KAMMER DER ARCHITEKTEN UND INGENIEURKONSULENTEN

Als am Verfahrensort zuständige Berufsvertretung hat die Kammer der ZiviltechnikerInnen | ArchitektInnenen und IngenieurkonsulentInnen für Oberösterreich und Salzburg die Ausschreibungsunterlagen hinsichtlich der Wahrung der Berufsinteressen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen überprüft. Mit Schreiben vom 10.12.2019 hat die Kammer ihre Kooperation mit der Auftraggeberin bekundet und ihre Preisrichterinnen und Preisrichter nominiert.

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Teilnahmeantragsunterlagen: Bezeichnet jene Unterlagenkonvolute, die seitens der Auftraggeberin dem Verfahren zugrunde gelegt werden.

Teilnahmeantrag: Bezeichnet jene Unterlagenkonvolute, die seitens der Teilnehmenden einzureichen sind.

A PROJEKTINFORMATION

A.1 ALLGEMEINES

Ziel dieses Verfahrens ist die Vergabe von Generalplanerleistungen für das gegenständliche Projekt. Aufgrund der besonderen Nutzung und aus Gründen vertraulicher Sicherheitsanforderungen wird ein EU-weiter, nicht offener, einstufiger Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und mit anschließendem Verhandlungsverfahren durchgeführt.

Bei diesem Projekt werden vor allem die Funktionalität der Gesamtanlage und die Positionierung des Baukörpers sowie seine Eingliederung in die zur Verfügung stehende Freifläche unter Berücksichtigung der benachbarten Bestandsobjekte Thema sein.

A.2 DAS PROJEKT

Am Standort 5280 Braunau, Salzburger Vorstadt 15, soll auf dem gegenständlichen Grundstück einerseits das bestehende Gebäude („Bestandsgebäude“) umgestaltet und andererseits je nach Anforderung der künftigen Nutzung ein Zubau oder ein zusätzlicher Neubau errichtet werden.

Durch die äußerliche Umgestaltung des Bestandsgebäudes soll die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus beseitigt und dem gesetzlichen Auftrag aus dem Bundesgesetz über die Enteignung der Liegenschaft Salzburger Vorstadt Nr. 15, Braunau am Inn, BGBl. I Nr. 4/2017, entsprochen werden. Durch den Erwerb des Eigentums am Bestandsgebäude durch den Bund soll die Pflege, Förderung oder Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengüter oder eines bejahenden Gedenkens an den Nationalsozialismus unterbunden werden. Bereits durch die zukünftige äußere Gestaltung des Bestandsgebäudes soll diesem gesetzlichen Auftrag entsprochen werden. Dazu soll für das Gebäude neue Identität geschaffen werden.

Eine Rückführung bzw. Umgestaltung der äußeren Erscheinung auf eine historische Fassung in zwei getrennte giebelständige Gebäude ist vorstellbar.

Die Nutzung der zukünftig am Standort 5280 Braunau, Salzburger Vorstadt 15, etablierten Gebäude soll für unterschiedliche Zwecke möglich sein, es soll eine möglichst flexible Nutzung zulassen und sich neben den bauhistorischen Notwendigkeiten ebenso modern und innovativ darstellen.

07/24

Das Gebäude soll nach der Umgestaltung einer behördlich-administrativen Nutzung als Polizeiinspektion gemeinsam mit dem Bezirkspolizeikommando zur Verfügung stehen. Das Raum- und Funktionsprogramm umfasst eine Nutzfläche von rund 700 m².

In der Wettbewerbsphase sind Handlungsspielraum und möglicher Einfluss auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz eines Bauvorhabens am größten. Viele der Entscheidungen, die im Rahmen des Wettbewerbs und in den ersten Phasen der Planung getroffen werden, legen diese Parameter für das spätere Gebäude fest. Es wird daher besonderen Wert darauf gelegt, dass dieser Gedanke bereits in der Wettbewerbsarbeit berücksichtigt wird.

Eine Zertifizierung nach klimaaktiv Silber oder Gold wird angestrebt, zumindest für die Bauteile die neu errichtet werden. Bei der Gebäudesanierung sollen die Kriterien nach dem Sanierungskatalog von klimaaktiv und den Überlegungen zum Bauen im historischen Bestand miteinander verbunden werden.

Hingewiesen wird auf die Bemühungen und Regelungen der Stadt Braunau am Inn auf dem Gebiet des Altstadtschutzes. Zu diesem Zweck wurde eine Altstadtsatzung im Wege des Bebauungsplans Nr. 24/1 alte Stadt verordnet. Die Satzung ist auf der Homepage der Stadt Braunau am Inn unter <https://www.braunau.at/Altstadtpflege> abrufbar und beschreibt Schutzziele und Maßnahmen wie z.B. zum Schutz der Dachlandschaft und der Fassaden im Planungsgebiet.

A.3 PROJEKTGEBIET, ZEITRAHMEN UND KOSTENRAHMEN

Das Projektgebiet des Wettbewerbs Salzburger Vorstadt 15 umfasst die Grundstücke BP .326/1, 395/16, 395/17 und 73/1. Beim Projekt sind alle Bereiche der Liegenschaft zu berücksichtigen und in ein schlüssiges Gesamtkonzept zu integrieren. Neben der äußeren Umgestaltung des straßenseitigen Bestandsgebäudes am Straßenzug der Salzburger Vorstadt sind auch funktional notwendige Eingriffe in die bestehende Bausubstanz, Teilabbrüche, Zu- und Anbauten denkmöglich. Der Arkadengang, der sich im Osten des Hauptgebäudes befindet, endet derzeit unvermittelt ohne verbindende Funktion und

die Garagenbauten stehen unabhängig vom Hauptgebäude. Eine Integration oder etwaige anderer Berücksichtigung (Abbruch, Neubau,...) dieser im neuen Gesamtprojekt wäre hierbei vorzusehen.



Luftbild mit Projektgebiet (Quelle: www.google.com)

08/24

Als Zeitrahmen wird folgendes festgehalten:

Mit der Planung soll direkt im Anschluss an das Vergabeverfahren begonnen werden. Die Ausführung ist für 2021/2022 geplant.

Die geschätzten Nettobaukosten der Maßnahmen betragen **rund €2,0 Mio.** (Kostengruppe 2-4 + 6), lt. ÖNORM B1800, Preisbasis 07/2017).

B FORMALE BESTIMMUNGEN

B.1 TITEL, ART UND ZIELSETZUNG

Bauvorhaben:	Grundlegende Umgestaltung des Gebäudes Salzburger Vorstadt 15
Ort:	5280 Braunau, Salzburger Vorstadt 15
Verfahrensgegenstand:	Vergabe von Generalplanungsleistungen Die Örtliche Bauaufsicht ist nicht Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.
Art des Auftrages:	Dienstleistungsauftrag Die Vergabe der Leistungen erfolgt gemäß § 12 Abs 2 Z 2 BVergG 2018 im <input checked="" type="checkbox"/> Oberschwellenbereich <input type="checkbox"/> Unterschwellenbereich

Art des Vergabeverfahrens:

EU-weiter, nicht offener einstufiger Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und anschließendem Verhandlungsverfahren elektronisch mittels e-Vergabepattform, für die Vergabe von Generalplanungsleistungen gemäß Bundesvergabegesetz 2018 (BVerG) i.d.g.F., und den dazu ergangenen Verordnungen, wobei die Anonymität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Dauer des Verfahrens bis zu Abschluss der entscheidenden Sitzung der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichtes erhalten bleibt.

Art der Verfahrensabwicklung:

- ☒ vollelektronisch über das ANKÖ-Vergabeportal (auch kurz: "Vergabeportal") inkl. elektronische Abgabe
- ☒ durch Abgabe in "hardcopy" (in Papierform)

Verfahrenssprache:

Deutsch

Soweit in den Unterlagen personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher oder männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

B.2 VERFAHRENSBETEILIGTE

09/24

Auftraggeber / Auslober:

BIG Bundesimmobiliengesellschaft m. b. H.
Unternehmensbereich Spezialimmobilien
5020 Salzburg, Aigner Straße 8
Projektmanager: Franz Wechselberger
franz.wechselberger@big.at

im AUFTRAG des

Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1010 Wien

Vergebende Stelle:

BIG wie Auftraggeber

Ansprechstelle im Vergabeverfahren
und Verfahrensorganisation

undarchitektur Architekt DI Thomas Klima
6020 Innsbruck, Bachlechnerstraße 21
Tel: +43 512 574729
E-Mail: office@undarchitektur.at

B.3 TERMINE

Die Termine für den Ablauf des Vergabeverfahrens stellen sich wie folgt dar:

Bewerbungsphase

Bekanntmachung / EU-Amtsblatt	12. 12. 2019
Abgabe der Teilnahmeanträge	16. 01. 2020, 12:00 Uhr
Prüfung der Teilnahmeanträge	KW 04-05/2020
Konstituierende Sitzung und Jurysitzung / Auswahlkommissionssitzung / Preisgerichtssitzung zur Auswahl der Teilnahmeanträge	30. 01. 2020, 09:30 Uhr
Einladung der ausgewählten Teilnehmer sowie die Versendung der Wettbewerbsunterlagen erfolgt bis	17. 02. 2020

Wettbewerbsstufe

Ausschließlich die nach dem hier beschriebenen Verfahren ermittelten Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden zur Wettbewerbsstufe (2.Stufe) eingeladen und erhalten die Unterlagen des Wettbewerbes, wobei dieser in der angegebenen voraussichtlichen Zeitschiene ablaufen wird:

Einladung an die ausgewählten Teilnehmenden am Wettbewerb	17. 02. 2020
Schriftliche Fragen an die Verfahrensorganisation bis spätestens	04. 03. 2020
Kolloquium und örtliche Begehung	06. 03. 2020, 11:00 Uhr
Beantwortung der schriftlichen Fragen bis spätestens	13. 03. 2020
Abgabe der Wettbewerbsarbeiten	04. 05. 2020, 16:00 Uhr
Abgabe des Modells	11. 05. 2020, 16:00 Uhr
Prüfung Wettbewerbsstufe	KW 19-20/2020
Sitzung der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichtes	19. 05. 2020; 09:00 Uhr

10/24

Verhandlungsverfahren mit dem Gewinner

anschließend

Hingewiesen sei darauf, dass sich der Zeitplan der 2.Stufe des Wettbewerbes verzögern kann und die Auftraggeberin darüber hinaus keine Verpflichtung zur Durchführung des Wettbewerbes (2.Stufe) trifft.

B.4 TEILNAHMEANTRAGSUNTERLAGEN FÜR DIE BEWERBUNGSPHASE

Teil A Einladung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages

Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag ist zwingend **Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag** zu verwenden. Dieses Dokument kann über die e-Vergabepattform des ANKÖ heruntergeladen werden. Für weitere geforderte Nachweise bzw. Unterlagen sind keine Formblätter vorgesehen.

B.5 ANZAHL DER TEILNEHMENDEN AM WETTBEWERB

Es ist vorgesehen, für die Ausarbeitung von Wettbewerbsprojekten **25% der Antragsteller**, aber mindestens **10 Teilnehmende** und maximal **20 Teilnehmende** auszuwählen.

Sollten sich in der Bewerbungsstufe 40 Teilnehmende oder weniger bewerben, werden auf alle Fälle 10 Teilnehmenden – sofern sie die Eignung erfüllen – zum Wettbewerb eingeladen. Sollten mehr als 80 Bewerbungen einlangen, werden max. 20 Teilnehmende – sofern sie die Eignung erfüllen – zum Wettbewerb eingeladen.

B.6 AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG

Für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren wird keine Aufwandsentschädigung geleistet. Sämtliche mit der Abgabe von Teilnahmeunterlagen verbundenen Kosten haben die Teilnehmenden selbst zu tragen. Die Erstellung der Teilnahmeunterlagen liegt im Interesse der BewerberInnen. Betreffend Aufwandsentschädigung für die Teilnahme am Wettbewerb siehe Pkt. E.2

C ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

C.1 TEILNAHMEBERECHTIGUNG

11/24

Teilnahmeberechtigt sind:

- Österreichische Architektinnen und Architekten, Zivilingenieure für Hochbau und ZT-Gesellschaften mit aufrechter Befugnis gemäß Ziviltechnikergesetz in der geltenden Fassung.
- Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU, des EWR oder der Schweiz, die in einem Mitgliedstaat der EU, des EWR oder der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines freiberuflichen Architektinnen und Architekten oder einer freiberuflichen Ingenieurkonsulentin / eines Ingenieurkonsulenten auf einem Fachgebiet, das den Fachgebieten der o.a. Befugnisträgerinnen / Befugnisträger gleichzuhalten ist, befugt ausüben.
- Natürliche Personen, die eine Planungsberechtigung zur selbständigen Planung des Wettbewerbsgegenstandes im Sitzstaat des Teilnehmers / der Teilnehmerin besitzen.
- Juristische Personen im vorgenannten Sinne, sofern deren satzungsgemäßer Gesellschaftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist und der Wettbewerbsaufgabe entspricht und eine/r der vertretungsbefugten Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllt

Die Teilnahmeberechtigung muss zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages, des Angebotes und sohin des gesamten des Wettbewerbes aufrecht sein.

Bei Teilnahmegemeinschaften müssen alle Mitglieder die jeweilige Teilnahmeberechtigung besitzen.

Bei einer allfälligen Einladung zur Abgabe einer Wettbewerbsarbeit verpflichten sich die Bewerbenden, den Wettbewerb in derselben Zusammensetzung wie in der Bewerbung / im Teilnahmeantrag zu absolvieren.

Alle Teilnehmenden an diesem Verfahren sind nur einmal teilnahmeberechtigt (auch im Rahmen einer Teilnahme- bzw. Arbeitsgemeinschaft). Eine Mehrfachteilnahme zieht die Ausscheidung sämtlicher Teilnahmeanträge, an denen die Verfasserin / der Verfasser beteiligt ist, nach sich.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Fachleute, die am Zustandekommen des Teilnahmeantrages und der Wettbewerbsarbeit mitarbeiten, können genannt werden und werden von der Auftraggeberin bei der Veröffentlichung angeführt.

Für nichtösterreichische Teilnehmende wird auf die Informationspflicht der Dienstleister vor Erbringung der Dienstleistung (im Auftragsfall) an die Dienstleistungsempfänger gemäß § 32 Ziviltechnikergesetz (ZTG) hingewiesen.

Anmerkung: Gemäß § 32 ZTG ist die Dienstleisterin/ der Dienstleister verpflichtet, vor Erbringung der Dienstleistung den Dienstleistungsempfänger (nach Abschluss des Wettbewerbs und vor Beginn des Verhandlungsverfahrens) über Folgendes zu informieren:

- das Register, in dem er/sie eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
- Name und Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde des Niederlassungsstaates,
- die Berufskammer oder vergleichbare Organisationen, denen die Dienstleisterin / der Dienstleister angehört,
- die Berufsbezeichnung oder Befähigungsnachweis,
- die Umsatzsteueridentifikationsnummer und
- Einzelheiten zum Versicherungsschutz in Bezug auf die Berufshaftpflicht.

Subunternehmerinnen und Subunternehmer

Die Weitergabe des gesamten Auftrages an Subunternehmen ist unzulässig. Die Weitergabe von Teilen der Leistung ist überdies nur insoweit zulässig, als die Subunternehmerin / der Subunternehmer die für die Ausführung ihres / seines Teiles erforderliche Befugnis, technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die berufliche Zuverlässigkeit besitzt.

12/24

Die Bewerbenden müssen im Teilnahmeantrag all jene Subunternehmen angeben, welche für den Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit erforderlich sind. Diese Angaben umfassen die Unternehmensbezeichnung der Subunternehmerin / des Subunternehmers, den Einsatzbereich und den Wert der Subunternehmerleistung in Prozent vom Gesamtauftragswert sowie die Leistungsfähigkeit, auf die sich die Bewerberin / der Bewerber beruft (Einlage 1.2).

Auf Aufforderung haben Bewerbende den Nachweis zu erbringen, dass die / der jeweilige Subunternehmerin / Subunternehmer der Bewerberin / dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stellt (bei Substitution der technischen Leistungsfähigkeit) bzw. dass eine solidarische Haftung der Subunternehmerin / des Subunternehmers gegenüber der Auftraggeberin besteht (bei Substitution der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit).

Ausschließungsgründe für TeilnehmerInnen

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind

- a) die Preis- und ErsatzpreisrichterInnen sowie VorprüferInnen,
- b) deren nahe Angehörige (als solche gelten: Ehegatten, eingetragene Partner, Verwandte oder Verschwägte in gerader Linie, in der Seitenlinie bis zum vierten Grad Verwandte oder im zweiten Grad Verschwägte, Stief-, Wahl- und Pflegeeltern, Stief-, Wahl- und Pflegekinder sowie Mündel und Pflegebefohlene);
- c) deren TeilhaberInnen an aufrechten ZiviltechnikerInnengesellschaften (Büro- oder Arbeitsgemeinschaften, wobei Arbeitsgemeinschaften nur so lange als aufrechte ZiviltechnikerInnengesellschaften gelten, als Projekte gemeinsam bearbeitet werden);

- d) Personen, die zu einem Mitglied der Jury/der Auswahlkommission in einem direkten berufsrechtlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen (z. B. Angestellte bei UniversitätsprofessorInnen, die Angehörigen der von diesen geleiteten Abteilungen oder Arbeitsgruppen) bzw. Personen, zu denen ein Mitglied der Jury/der Auswahlkommission in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis steht;
- e) Personen, die den Versuch unternehmen, ein Mitglied der Jury/der Auswahlkommission in seiner Entscheidung als PreisrichterIn zu beeinflussen oder die eine Angabe in den eingereichten Unterlagen machen, die auf die Urheberschaft schließen lässt.

C.2 ABSICHTSERKLÄRUNG DER AUFTRAGGEBERIN EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG DER GEWINNERIN / DES GEWINNERS

C.2.1 Vergabe von Leistungen

Die Auftraggeberin beabsichtigt nach Abschluss der Teilnahmephase und des Wettbewerbes, unter Berücksichtigung der entsprechenden Empfehlungen und Vorgaben der Jury/der Auswahlkommission, mit der Gewinnerin / dem Gewinner Verhandlungen gemäß § 37 (1) Z 7 BVergG 2018 über eine Beauftragung als Generalplaner zu führen. Thema dieser Verhandlungen werden das Projekt, der Projektumfang, die Empfehlungen der Jury/der Auswahlkommission, die Projektleitung, die Zusammensetzung des Projektteams inkl. Fachplanerinnen und Fachplaner, die geplante Projektabwicklung und das Honorar sein.

13/24

Die Übertragung folgender Leistungen gemäß BIG-Standardvertrag (Generalplanung der Teilleistungen, insbesondere Vorentwurf, Entwurf, Einreichung, Ausführung und Details, Leistungsverzeichnisse) ist vorgesehen:

Integrierende Gesamtkoordination, Architekturleistungen samt Außenanlagen, Statisch-Konstruktive Bearbeitung, Planungsleistung HKLS, Elektrotechnik, Fördertechnik, MSR, Bauphysik, Prüfsingenieurfunktion, Brandschutzkonzept, Leistungen gemäß BauKG, Sonstige Planerleistungen, etc.

Die Auftraggeberin behält sich in Ausnahmefällen vor, einzelne dieser Leistungen gesondert zu vergeben. Die Auftraggeberin behält sich weiters das Recht vor, allfällige aus zwingenden städtebaulichen, formalen, sachlichen oder wirtschaftlichen Rücksichten erforderliche Änderungen im Zuge der Auftragserteilung zu verlangen. Die Auftraggeberin kann weitere Änderungen im Zuge der Bearbeitung nach der Auftragserteilung verlangen. Dabei sind jedoch die wesentlichen architektonischen Qualitätsmerkmale zu erhalten.

Ein Rechtsanspruch auf einen Auftrag / Gesamtauftrag besteht nicht.

C.2.2 Urheberrechte

Das sachliche Eigentumsrecht an den Plänen, Modellen und sonstigen Ausarbeitungen der prämierten Wettbewerbsarbeiten (2.Stufe) geht durch die Bezahlung der Vergütung auf die Auftraggeberin über.

Die Verfasserin / der Verfasser behält das geistige Eigentum an der eingereichten Wettbewerbsarbeit.

Die Auftraggeberin hat das Recht der Veröffentlichung aller im Wettbewerbsverfahren eingereichten Wettbewerbsarbeiten unter Verpflichtung der Namensnennung der Verfasserin / des Verfassers.

Prämierte Wettbewerbsarbeiten (2.Stufe) sind von der Rückgabe an die Verfasserin / den Verfasser ausgeschlossen.

Nicht prämierte Wettbewerbsarbeiten (2. Stufe) können bis spätestens eine Woche nach Ende der Ausstellung bei der Verfahrensorganisation abgeholt werden. Nicht abgeholte Wettbewerbsarbeiten können von der Auftraggeberin archiviert oder zur freien Verwendung an Organisationen (z.B.: Architekturzentrum Wien, Museum für Angewandte Kunst und dgl.) zur Archivierung und allgemeinen sonstigen Verwendung (z.B.: Zusammenstellung des Gesamtwerkes, Leistungsschau, etc.) weitergegeben werden oder werden von der Auftraggeberin entsorgt.

C.2.3 Einverständniserklärung

Die Gewinnerin / der Gewinner des Wettbewerbes verpflichtet sich mit der Teilnahme am Wettbewerb zur verbindlichen Nennung eines Projektteams im anschließenden Verhandlungsverfahren. Die Gewinnerin / der Gewinner des Wettbewerbes erklärt mit der Teilnahme am Wettbewerb ausdrücklich das Einverständnis, auf Aufforderung durch die Auftraggeberin die entsprechenden Empfehlungen und Vorgaben der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichtes für die weitere Bearbeitung der Wettbewerbsarbeit in der Planungsphase bereits im Vorentwurf zu berücksichtigen.

C.3 ALLGEMEINE RECHTSGRUNDLAGEN UND NACHWEISE

C.3.1 Grundlagen des Verfahrens

Rechts- und Verfahrensgrundlage sind folgende Verfahrensbedingungen im Sinn der Ausschreibung:

- 1) Die schriftliche Fragenbeantwortung
- 2) Der Inhalt dieser Ausschreibung samt Beilagen

Subsidiär gelten:

- § die Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes (BVergG 2018) i.d.g.F.
- § die Bestimmungen des Teil B WOA 2010 des WSA 2010
- § die Bestimmungen des ABGB §§ 860 ff.

Bei Widersprüchen gelten die Unterlagen in der angeführten Reihenfolge.

Mit ihrer / seiner Registrierung nimmt jede Teilnehmerin / jeder Teilnehmer sämtliche in dieser Ausschreibung enthaltenen Bedingungen an. Jede Teilnehmerin / jeder Teilnehmer ist bis zur Veröffentlichung des Ergebnisses durch die Auftraggeberin zur Geheimhaltung der eigenen Wettbewerbsarbeit verpflichtet und nimmt ausdrücklich zur Kenntnis, dass die Entscheidung der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichtes in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar ist.

C.3.2 Rechtsvorschriften, Normen und sonstige (allgemeine) Vorgaben

Als Grundlagen für die Planung und Ausführung des Bauvorhabens gelten alle einschlägigen behördlichen und gesetzlichen Vorschriften, wie z.B. die einschlägige Bauordnung letzten Standes sowie alle anhängigen Gesetze und Verordnungen, einschließlich der technischen Normen und fachtechnischen Richtlinien sowie insgesamt der Stand der Technik.

Weiters sind, soweit auf die Bauaufgabe anwendbar, insbesondere das Bundesbedienstetenschutzgesetz, das Arbeitnehmerschutzgesetz, das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, allfällig vorliegende Richtlinien der Auftraggeberin und des Nutzers (z.B. ÖISS, etc.) und dergleichen zu beachten.

C.4 EIGNUNGSNACHWEISE

Nachweis der Befugnis gemäß § 81 BVergG 2018 als Beilage zum Teilnehmerantrag.

a) Nachweis der beruflichen Zuverlässigkeit gemäß § 82 iVm § 78 (1) BVergG 2018

- n Bestätigung des Vorliegens der beruflichen Zuverlässigkeit in der Eigenerklärung (Formulare Teil B)

Auf Aufforderung:

- i Auszug (nicht älter als 6 Monate) aus einem Berufs- oder Handelsregister gemäß Anhang IX BVergG, dem Strafregister oder einer gleichwertigen Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes des Unternehmers, aus dem/der hervorgeht, dass
 - i Keine rechtskräftige Verurteilung gegen die Unternehmer oder – sofern es sich um juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen in deren Geschäftsführung tätige physische Personen vorliegt, die einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Organisation, Bestechung, Betrug, Untreue, Geschenkkannahme, Förderungsmissbrauch oder Geldwäscherei oder Wiederbetätigung nach dem Verbotsgesetz 1947 bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes in dem der Unternehmer seinen Sitz hat
 - i gegen sie kein Insolvenzverfahren eröffnet, oder mangels kostendeckendes Vermögen abgewiesen wurde
 - i sie sich nicht in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit nicht einstellen oder nicht eingestellt haben
 - i gegen sie oder – sofern es sich um juristische Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts, eingetragene Erwerbsgesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen physische Personen, die in der Geschäftsführung tätig sind, kein rechtskräftiges Urteil wegen eines Deliktes ergangen ist, das ihre berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt.
- i Vorlage des letztgültigen Kontoauszuges der zuständigen Sozialversicherungsanstalt oder der letztgültigen Lastschriftanzeige der zuständigen Finanzbehörde oder gleichwertiger Dokumente der zuständigen Behörden des Herkunftslandes, aus dem hervorgeht, dass
 - i sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben in Österreich oder nach den Vorschriften des Landes, in dem sie niedergelassen sind, erfüllt haben.
 - i sie keine schwere Verfehlung gegen Bestimmungen des Arbeits-, Sozial – oder Umweltrechtes begangen hat, insbesondere Handlungen im Sinne des Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes (SBBG) gesetzt hat und nicht in der Liste der rechtskräftig festgestellten Scheinunternehmen aufscheine(n).

15/24

b) Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemäß § 84 BVergG 2018

- n Bestätigung des Vorliegens der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Eigenerklärung (Formulare Teil B)

Auf Aufforderung:

- n Erklärung über den Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre bezüglich erbrachter (General-)Planungsleistungen
- n Angaben über die Anzahl der Beschäftigten

c) **Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit gemäß § 85 BVergG 2018**

- n Bestätigung des Vorliegens der technischen Leistungsfähigkeit in der Eigenerklärung (Formulare Teil B)

Auf Aufforderung:

- n Der Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit ist gemäß § 85 Abs. 2 BVergG, insbesondere anhand von Referenzen des Projektteams inkl. Fachplanerinnen und Fachplaner über Art und Umfang entsprechend der jeweiligen Wettbewerbsaufgabe, z. B. Generalplanungsabwicklung, Ausführungsplanung, Ausschreibungs- und Vergabewesen, etc. für Projekte vergleichbarer Größe und Komplexität zu erbringen.

D AUSWAHLVERFAHREN

Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber, die zur Wettbewerbsstufe (2. Stufe) eingeladen werden, erfolgt anhand der jeweils eingereichten Auswahlreferenzprojekte nach den Auswahlkriterien. Verspätet eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt, auch dann nicht, wenn Teile des Antrages rechtzeitig abgegeben werden. Die Bewerberinnen und Bewerber haften für die Vollständigkeit und Richtigkeit aller in den Teilnahmeanträgen gemachten Angaben. Falsche Angaben führen zum sofortigen und unwiderruflichen Ausschluss von der Teilnahme.

Die Bewertung der eingereichten Bewerbungen erfolgt kommissionell nach den angegebenen Auswahlkriterien. Die Jury / Die Auswahlkommission / Das Preisgericht setzt sich aus **8 Mitgliedern mit gesamt 8 Stimmen** zusammen. Die Beratungen der Jury/der Auswahlkommission / des Preisgerichts sind geheim: Alle Mitglieder der Jury / der Auswahlkommission/des Preisgerichts sowie alle mit der Durchführung des Verfahrens befassten Personen sind zur strikten Geheimhaltung bis zur Entscheidung der Jury/der Auswahlkommission / des Preisgerichts über den Wettbewerbsgewinner verpflichtet.

Es ist den Bewerbenden bewusst und sie erklären sich ausdrücklich damit einverstanden, dass die für die Ladung zur Wettbewerbsteilnahme führende Bewertung subjektive Komponenten enthält und dass dadurch für die Mitglieder der Jury / der Auswahlkommission / des Preisgerichts ein Ermessensspielraum bei der Bewertung entsteht.

16/24

D.1 ZUSAMMENSETZUNG DER JURY/DER AUSWAHLKOMMISSION/ DES PREISGERICHTS

Hauptpreisrichterinnen / Hauptpreisrichter
 Ersatzpreisrichterinnen / Ersatzpreisrichter

(F) FachpreisrichterInnen (S) SachpreisrichterInnen

Für die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

Architekt Mag.arch. Robert Wimmer (F)
 Architekt Dr.arch. Armin Pedevilla (F)

Architekt Prof. DI Wolfgang Lorch (F)
 Architekt Univ.Prof.DI Andreas Pálffy (F)

Für den BIG Architektur Beirat

Architekt DI Alfred Berger (F)
 Architektin Ulrike Tischler (F)

Für die BIG

DI Bernd Wiltschek (F)
 DI Michael Schmidle (F)

17/24

Ing. Thomas STYRSKY (S)
 Franz Wechselberger (S)

Für das Bundesministerium für Inneres / Für den Nutzer

Sektionschef Hermann Feiner (S)
 MR Mag. Dr. Elisabeth Sleha (S)

Für den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

Generalsekretärin Mag. Hannah Lessing (S)
 Burghauptmann Hofrat Mag. Reinhold Sahl (S)

Für die Stadtgemeinde Braunau

Stadträtin Lizeth Außerhuber-Camposeco (S)
 Gemeinderat Mag. DI. Manfred Hackl (S)

Beratende Mitglieder (ohne Stimmrecht):

Dr. Paul Mahringer	Bundesdenkmalamt Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung
Abteilungsleiter GenMjr Ernst Fischer BA	BMI Abt. II/10
Dipl. Ing. Dr. techn. Markus Schmoll	Bundesministerium für Inneres
Landespolizeidirektor Mag. Andreas Pils M.A	Landespolizeidirektion OÖ
Baudirektor DI Karl Schug,	Stadtgemeinde Braunau am Inn

Die Ersatzpreisrichterinnen und Ersatzpreisrichter können an allen Sitzungen der Jury / der Auswahlkommission / des Preisgerichts sowie beim Hearing auch dann teilnehmen, wenn sie keine Ersatzfunktion ausüben (Anwesenheit Hauptpreisrichterinnen und Hauptpreisrichter), jedoch ohne Stimmrecht und ohne Vergütung. Die Ersatzpreisrichterinnen und Ersatzpreisrichter unterstützen in diesem Fall ausschließlich die jeweilige Hauptpreisrichterin / den jeweiligen Hauptpreisrichter.

Die genannten Beraterinnen und Berater der Jury / der Auswahlkommission / des Preisgerichts können bei allen Sitzungen sowie beim Hearing zur Unterstützung bei der Entscheidungsfindung in Sachfragen anwesend sein, jedoch ohne Stimmrecht und ohne Vergütung.

Die Auftraggeberin behält sich eine Änderung in der Zusammensetzung der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichts und die Beiziehung beratender Mitglieder vor.

D.2 ABRUFEN DER TEILNAHMEANTRAGSUNTERLAGEN

Die gesamten Teilnahmeantragsunterlagen sind ab dem 12.12.2019 bis zum 16.01.2020 ausschließlich elektronisch (im PDF-Format) über das Vergabeportal abzurufen.

D.3 KONSTITUIERENDE SITZUNG DER JURY/DER AUSWAHLKOMMISSION/DES PREISGERICHTS

Die konstituierende Sitzung der Jury / der Auswahlkommission / des Preisgerichts findet am 30.01.2020 statt. Die Jury / Die Auswahlkommission / Das Preisgericht wird aus seiner Mitte wählen:

den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den zum Schriftführer

18/24

D.4 EINREICHEN DES TEILNAHMEANTRAGES (ELEKTRONISCHE ABGABE)

Der Teilnahmeantrag unterliegt nicht der Anonymisierung. Folgende Unterlagen sind ausschließlich elektronisch (im PDF-Format) über das Vergabeportal einzureichen:

- Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag
- Eignungsnachweise
- Referenznachweise

Die oben genannten Unterlagen müssen **spätestens bis 16.01.2020 12:00 Uhr**, eingelangt sein.

Nicht rechtzeitig eingelangte Teilnahmeanträge werden durch die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht ausgeschieden.

Das Risiko des rechtzeitigen Einlangens trägt ausschließlich die Teilnehmerin / der Teilnehmer. Ein verspätetes Einlangen stellt zwingend einen Ausscheidungsgrund dar.

D.5 EINREICHEN DER REFERENZPROJEKTE (ABGABE IN PAPIERFORM)

D.5.1 Allgemeines

Die eingereichten Referenzprojekte sind wie folgt zu kennzeichnen:

Sind mit einer ein Zentimeter großen **sechsstelligen Kennzahl**, rechts oben am Referenzblatt und dem Titels des Wettbewerbs „**Wettbewerb - Umgestaltung Gebäude Salzburger Vorstadt 15**“

Abgabe bei: undarchitektur Architekt DI Thomas Klima
Bachlechnerstraße 21, 6020 Innsbruck

Werden die geforderten Referenzprojekte bei der Verfahrensorganisation abgegeben, ist eine einfache Verpackung ausreichend, die außen wie folgt zu kennzeichnen ist:

Wettbewerb - Umgestaltung Gebäude Salzburger Vorstadt 15

Werden die Referenzprojekte per Post, Paket- oder Botendienst versendet, ist eine doppelte Verpackung vorzusehen und als Absender ist die - **Ziviltechnikkammer Für Oberösterreich und Salzburg, Kaarstraße 2/II, 4040 Linz** - anzuführen. Die äußere Verpackung ist mit der Bezeichnung des Titels des Wettbewerbes - „**Wettbewerb - Umgestaltung Gebäude Salzburger Vorstadt 15**“ zu versehen. Auf der inneren Verpackung ist nur die **Kennzahl** anzugeben.

D.5.2 Darstellung der Referenzprojekte

Zur Bewertung haben die Bewerbenden die Referenzprojekte so darzustellen, dass es der Jury/der Auswahlkommission/dem Preisgericht möglich ist, das **Potential für die Bewältigung der gegenständlichen Bauaufgabe** zu beurteilen. Bei den gewählten Referenzprojekten muss die Erfüllung der oben genannten Qualitätskriterien umfassend dargestellt und plausibel nachvollziehbar sein.

Die Referenzprojekte sind auf jeweils einem DIN A1-Blatt Hochformat darzustellen. Es liegt im Ermessen der Antragstellerin / des Antragstellers das Auswahlreferenzprojekt durch Fotos, Pläne, Schemata, Beschreibungen usw. so darzustellen, dass eine Beurteilung nach den angegebenen qualitativen Kriterien durch das Gremium möglich ist. Auf den DIN A1-Blättern darf der Name des Antragstellers / der Antragstellerin nicht angeführt sein. **Die Jury / Die Auswahlkommission / Das Preisgericht entscheidet ausschließlich auf Basis der Darstellungen und Erläuterungen zu den Auswahlkriterien auf den DIN A1-Blättern.**

19/24

Die DIN A1-Blätter werden für die Jurysitzung/dies Auswahlgerichtssitzung/die Preisgerichtssitzung mit fortlaufenden Nummern versehen. Werden mehr als 2 Blätter mit Projektdarstellungen abgegeben oder mehrere Projekte auf einem Blatt dargestellt, so werden Teilnehmende von der Verfahrensbegleitung vor der Jurysitzung/der Auswahlkommissionssitzung/der Preisgerichtssitzung aufgefordert, festzulegen, welche Blätter bzw. welche Projekte für die Auswahl herangezogen werden sollen.

Unterlagen die der Art und dem Umfang nach den zu erbringenden Leistungen nicht entsprechen (insbesondere eingereichte nicht geforderte Teile der Referenzprojekte), werden von der Verfahrensorganisation in entsprechender Weise ohne Rücksprache mit der Verfasserin / dem Verfasser entfernt bzw. abgedeckt und somit nicht zur Beurteilung durch die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht herangezogen.

Im **Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag** sind in den Formblättern B.2 die Projektdaten anzugeben und vom historischen Auftraggeber bestätigen zu lassen.

D.6 VORPRÜFUNG DER TEILNAHMEANTRÄGE

Die Verfahrensorganisation hat im ersten Schritt zu prüfen, ob die Teilnehmerinnen / die Teilnehmer die Teilnahmeunterlagen (im PDF-Format) auf das Vergabeportal hochgeladen haben.

Die eingelangten Teilnahmeanträge werden von der Verfahrensbegleitung auf die formale Erfüllung der Ausschreibungsbedingungen, die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge und die Erfüllung der Eignung geprüft. Nicht bestätigte und unklare Angaben in den Teilnahmeanträgen können von der Verfahrensbegleitung bei den Bewerbenden oder den genannten Ansprechpersonen aufgeklärt werden.

Die Verfahrensbegleitung verfasst einen Bericht über das Ergebnis der Vorprüfung und stellt diesen jedem Mitglied der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichts in einfacher Ausfertigung zur Verfügung. Die Verfahrensbegleitung enthält sich jeder direkten oder indirekt wertenden Beurteilung der Teilnahmeanträge.

Der Vorprüfbericht wird nicht veröffentlicht.

D.7 SITZUNG DER JURY/DER AUSWAHLKOMMISSION/DES PREISGERICHTES

Die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht tritt zur Auswahl der bestgeeigneten Bewerbungen für die Teilnahme am Wettbewerb zusammen. Die Sitzungen der Jury/ der Auswahlkommission/des Preisgerichtes sind nicht öffentlich.

Die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht ermittelt unter den befugten Bewerberinnen und Bewerbern durch qualitative Bewertung der Referenzprojekte auf Basis der Darstellung der Referenzprojekte **die lt. Punkt B.5 10-20 bestgeeigneten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (ungereiht) für die Wettbewerbsstufe sowie 2 Nachrücker (gereiht)**.

20/24

Die Beurteilung der Referenzprojekte erfolgt ausschließlich gemäß den unter Pkt. D.8. angeführten, gleichbedeutenden Auswahlkriterien als Ganzes.

Die Auswahl der Bewerbungen für den Wettbewerb erfolgt durch Abstimmung in der Jury / der Auswahlkommission / das Preisgericht gemäß dem jeweiligen Abstimmungsmodus (z.B. einfache Stimmenmehrheit, eine oder zwei Pro-Stimmen). Bewerbungen, die unter Zugrundelegung der Auswahlkriterien keine Mehrheit bei dieser Abstimmung erreichen, verbleiben nicht in der Bewertung. Die Abstimmungsdurchgänge und deren Ergebnisse werden entsprechend dem vom der Jury / der Auswahlkommission / des Preisgerichtes festgelegten Abstimmungsmodus protokolliert (z.B. einfache Stimmenmehrheit, eine oder zwei Pro-Stimmen).

Rückholungen sind mit Begründung bis zur abschließenden Festlegung möglich.

Die ausgewählten Referenzprojekte werden auf Basis der Auswahlkriterien als Ganzes beschrieben.

Das Protokoll der Jurysitzung / der Auswahlkommissionssitzung/der Preisgerichtssitzung stellt die Entscheidungsfindung nachvollziehbar dar und dokumentiert den Sitzungsablauf, die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sowie die von der Jury / der Auswahlkommission formulierten Projektbeschreibungen.

D.8 AUSWAHLKRITERIEN

Ausgehend von der Zielsetzung (Kurzbeschreibung Punkt A.2) werden Wettbewerbsteilnehmer mit Referenzprojekten im Bereich des Ensembleschutzes und dem Bauen im Bestand gesucht. Die Referenzprojekte sollen Nutzungs- und Erscheinungsänderungen im Bauen im Bestand im Orts- bzw. Altstadtbereich behandeln. Einerseits soll der Bestand eng in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt

im Stadtensemble gestaltet werden, andererseits soll die Änderung des äußeren Erscheinungsbildes eine neue Identität schaffen.

Die Jury/Die Auswahlkommission/Das Preisgericht wählt aus den eingereichten Teilnahmeanträgen jene aus, bei denen aufgrund der vorgelegten Referenzprojekte das größte Potential für die Bewältigung der o.a. Bauaufgabe gesehen wird.

Für die Auswahl bewertet die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht **2 (Auswahl) Referenzprojekte**. **Teilnahmeanträge mit weniger als 2 Referenzprojekten werden nicht bewertet.**

D.8.1 Mindestanforderungen an die Referenzprojekte

Bewerbende haben in Teil B Teilnahmeantrag **2 Referenzprojekte** (Hochbauten) zu nennen, für die nachfolgende Mindestanforderungen gelten. Nicht realisierte Wettbewerbsarbeiten werden nicht gewertet.

Referenzprojekte, die die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden nicht bewertet.

Mindestanforderungen:

- Beide Referenzprojekte müssen realisiert worden und die Errichtung abgeschlossen sein. (In Bau befindliche Projekte werden nicht berücksichtigt!)
- Die Nettobaukosten müssen bei einem Referenzprojekt mindestens € 1,0 Mio. gem. ÖNORM B 1801-1 (KG 2-6) betragen haben.
- **Bei einem Referenzprojekt muss es sich um Gebäude im historischen Bestand bzw. um einen Um- Zubau eines historischen Gebäudes handeln.**
- Bei einem Referenzprojekt muss es sich um ein **Büro- oder Verwaltungsgebäude** handeln.
- Der Bewerber muss die Planungsleistungen (jedenfalls Architekturplanung - Entwurf und Einreichung) erbracht haben. **Für das Referenzprojekt Büro- oder Verwaltungsgebäude muss außerdem die Ausführungsplanung erbracht worden sein.**
- Auswahlreferenzprojekte, die in Arbeitsgemeinschaft erbracht wurden, werden dann gewertet, wenn Bewerbende mindestens 50 % der Architekturplanungsleistung bei diesem Auswahlreferenzprojekt erbracht haben.
- Die Einreichplanung des Referenzprojekts muss in den letzten 10 Jahren (vor Ablauf der Teilnahmefrist) genehmigt worden sein. Relevant ist daher das Datum des Baubescheids.

21/24

D.8.2 Bewertung

Für die Auswahl bewertet die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht die Referenzprojekte nach folgenden gleichbedeutenden Qualitätskriterien, die für die Bewältigung der gegenständlichen Bauaufgabe wesentlich sind:

- Baukünstlerische Kriterien
- Funktionale Kriterien
- Ökonomische, ökologische Kriterien
- Städtebauliche Kriterien

D.8.3 Einladung zum Wettbewerb

Sämtliche Bewerberinnen und Bewerber werden von der Auswahl zum Wettbewerb (2.Stufe) elektronisch über das Vergabeportal verständigt.

Ausschließlich die nach dem hier beschriebenen Verfahren ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber werden zum Wettbewerb (2.Stufe) eingeladen und haben ihre Teilnahme am Wettbewerb zu bestätigen und eine Vertraulichkeitsvereinbarung abzugeben. Sollte eine ausgewählte Bewerberin / ein

ausgewählter Bewerber von einer Teilnahme am Wettbewerb Abstand nehmen, wird die / der nächstgereichte Nachrückerin / Nachrücker zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladen. Erst dann werden die Auslobungsunterlagen der Wettbewerbsstufe (2.Stufe) versendet.

E VORINFORMATION ZUM WETTBEWERB

E.1 ANONYMITÄT

Der Wettbewerb wird als einstufiger, anonymer Wettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren durchgeführt. Teilnehmende haben gegenüber den Mitgliedern der Jury/der Auswahlkommission/des Preisgerichts die Anonymität zu wahren. Die technische Verfahrensbetreuung fungiert als einzige Ansprechstelle im Wettbewerb.

E.2 AUFWANDESENTSCHÄDIGUNG

Die Auftraggeberin hat für die zu prämierenden Wettbewerbsarbeiten als Preisgelder (exkl. Umsatzsteuer) vorgesehen:

1. Rang = Gewinnerin / Gewinner	EUR	13.500,-
2. Rang	EUR	11.000,-
3. Rang	EUR	8.200,-
3 Anerkennungen zu je	EUR	4.100,-

22/24

Die Preisgelder und Anerkennungen werden ausbezahlt, wenn die geforderten Leistungen zur Gänze erbracht wurden. Zusätzliche Aufwandsentschädigungen sind nicht vorgesehen.

Sollte nach sich abschließender Prüfung zwingend das Erfordernis der Ausscheidung gem. BVergG 2018 eines Verfassers / einer Verfasserin der prämierten Wettbewerbsarbeiten ergeben, wird festgelegt, dass dieses Preisgeld anteilig auf die verbliebenen prämierten Wettbewerbsarbeiten aufgeteilt wird. Sollte dies beim ersten Rang zutreffen, so wird festgelegt, dass der zweite und dritte Rang jeweils nachfolgen.

E.3 AUSARBEITUNG

In der Wettbewerbsstufe (2.Stufe) ist von den ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern ein Wettbewerbsprojekt entsprechend der Wettbewerbsausschreibung, bestehend aus folgenden Unterlagen, auszuarbeiten:

Die abzugebenden Unterlagen müssen so ausgearbeitet sein, dass die Erfüllung der Aufgabenstellung mit hinreichender Deutlichkeit erkennbar ist. Das gilt insbesondere für Bemaßungen, Raumbezeichnungen und Angaben zu den Raumgrößen in den Plandarstellungen, eine Überprüfung der Flächen- und Kubaturberechnungen erfolgt durch die Vorprüfung.

Planteil (in jeweils geeignetem Maßstab) bestehend aus:

- Lageplan
- Geschößgrundrisse
- Schnitte
- Skizzenhafte Darstellung bzw. Erläuterung des Fassadensystems

- Ansichten
- Schaubild(er)

Beilagen zum Planteil

- Beschreibung zur Entwurfsidee
- Stellungnahme zu Kostenobergrenze, Termine, Energie
- Sonstige Beilagen wie Kubatur-Berechnungen, ...
- Modell

E.4 BEURTEILUNGSKRITERIEN

Die Wettbewerbsarbeiten (2.Stufe) werden von den Jurymitgliedern/den Auswahlkommissionsmitgliedern/den Preisgerichtsmitgliedern (Wettbewerbsjury) gemäß den in den Unterlagen der 2.Stufe angegebenen Beurteilungskriterien bewertet. Die Bewertung und Reihung der Wettbewerbsarbeiten durch die Jury/die Auswahlkommission/das Preisgericht erfolgt anhand der nachfolgend angeführten, gleich bedeutsamen Beurteilungskriterien (alphabetisch gereiht):

Architektonische Kriterien

- n Entwurfsansatz und Idee
- n Architektonische Qualität im äußeren und inneren Erscheinungsbild
- n Innovative Potenziale des Projektansatzes
- n Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen der Auftraggeberin

23/24

Funktionale Kriterien

- n Funktionalität der Gesamtlösung und verlangter Teillösungen
- n Erfüllung des Raum- und Funktionsprogramms

Ökonomische, ökologische Kriterien / Nachhaltigkeit

- n Wirtschaftlichkeit
- n Energieeffizienz
- n Flexibilität hinsichtlich Nutzungsänderung

Städtebauliche Kriterien

- n Konfiguration der Baukörper und der Außenräume (Freiraumgestaltung)
- n Funktionale und gestalterische Einbindung in die Umgebung
- n Nutzung des vorhandenen Grundstückes

F SONSTIGES

F.1 ZUSTÄNDIGE VERGABEKONTROLLBEHÖRDE

Zuständige Vergabekontrollbehörde ist das Bundesverwaltungsgericht, 1030 Wien, Erdbergstraße 192-196.

F.2 VERTRAULICHKEIT UND URHEBERRECHT

Der/die Bewerber/in ist verpflichtet, die Ausschreibungsunterlagen einschließlich aller in Beilagen zu den Ausschreibungsunterlagen genannten Teile und alle ihm/ihr sonst im Zuge dieses Vergabeverfahrens bekannt gewordenen technischen und kaufmännischen Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln und diese vertrauliche Behandlung durch seine/ihre MitarbeiterInnen sowie allfällig beauftragte Dritte sicherzustellen.

Diese Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Unterlagen und Informationen, welche

- nachweislich allgemein bekannt sind oder allgemein bekannt werden, ohne dass dies vom/von dem/der Bewerber/in zu vertreten ist, oder
- dem/der Bewerber/in bereits bekannt waren, bevor sie ihm/ihr von der Auftraggeberin zugänglich gemacht wurden, oder
- dem/der Bewerber/in durch einen Dritten zur Kenntnis gelangt sind, ohne dass eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht vorliegt, die dem/der Bewerber/in gegenüber dem Auftraggeber obliegt.

Die vorstehenden Verpflichtungen gelten auch nach Beendigung dieses Vergabeverfahrens und auch gegenüber mit dem/der Bewerber/in verbundenen Unternehmen.

Alle Unterlagen des Vergabeverfahrens unterliegen dem Urheberrecht. Diese Unterlagen werden nur den Teilnehmenden an diesem Vergabeverfahren zur Verfügung gestellt. Eine Veröffentlichung, kommerzielle Verwertung und Weitergabe an Dritte (mit Ausnahme für Zwecke der Offertstellung von Sublieferanten) ist ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin nicht zulässig.

24/24

F.3 DATENSCHUTZ

Die im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung erhobenen personenbezogenen Daten werden ausschließlich zur Abwicklung des konkreten Ausschreibungsverfahrens erhoben; soweit als Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens der Abschluss eines Vertrages über die Erbringung von Leistungen erfolgt, werden die erhobenen personenbezogenen Daten ausschließlich zur Abwicklung samt damit verbundener Themenbereiche wie insbesondere Verrechnung des abgeschlossenen Vertrages verwendet. Verantwortlicher für die Verarbeitung dieser Daten ist die in der Ausschreibung genannte Auftraggeberin.

Eine Weitergabe der Daten erfolgt nur im minimal erforderlichen Umfang in Übereinstimmung mit Art 6 Abs 1 DSGVO, insbesondere an verbundene Unternehmen zu Zwecken der Vertragsabwicklung. Nähere Informationen zum Datenschutz ergeben sich aus der Datenschutzerklärung der in dieser Ausschreibung genannten Auftraggeberin. In dieser Datenschutzerklärung sind sämtliche erforderliche Informationen zur Verarbeitung der Daten und zu den Rechten des Auftragnehmers angeführt. Diese Datenschutzerklärung in der jeweils aktuellen Fassung kann unter <https://www.big.at/datenschutz/> bzw. <https://www.are.at/datenschutz/> eingesehen werden.

G BEILAGEN

Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag



TEIL B

FORMBLÄTTER FÜR DEN TEILNAHMEANTRAG

EU-weiter, nicht offener, einstufiger Realisierungswettbewerb
mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und mit
anschließendem Verhandlungsverfahren für die Vergabe von
Generalplanerleistungen

zur
Erlangung von Vorentwurfskonzepten
für die

Umgestaltung des Gebäudes Salzburger Vorstadt 15

am Standort

5280 Braunau, Salzburger Vorstadt 15

Auftraggeber:

Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7, 1010 Wien

Vertreten durch die
Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
1020 Wien, Trabrennstraße 2c

Wien, 10. 12. 2019

Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
1020 Wien, Trabrennstraße 2c
T +43 5 0244 - 0, **F** +43 5 0244 - 2211
E office@big.at, **W** www.big.at

Handelsgericht Wien
FN 34897w
DVR 0737372
UID ATU38270401

BANK RLB NÖ Wien
1020 Wien, F.-W.-Raiffeisen-Platz 1
IBAN AT79 3200 0000 0046 2903
BIC RLNWATWW

INHALTSVERZEICHNIS

Formblatt B.1	3
Angaben der Bewerberin / Des Bewerbers / Der Bewerbungsgemeinschaft	3
Erklärung der Bewerberin / Des Bewerbers / Der Bewerbungsgemeinschaft.....	4
Bekanntgabe der Erforderlichen Subunternehmen.....	5
Verzeichnis der abgegebenen Unterlagen	6
 Formblatt B.2	 7
Referenzprojekt 1 (gem. Teil A Pkt. D.8.1).....	7
Ersatzerklärung zum Referenzprojekt 1:.....	8
Referenzprojekt 2 (gem. Teil A Pkt. D.8.1).....	9
Ersatzerklärung zum Referenzprojekt 2:.....	10



FORMBLATT B.1

ANGABEN DER BEWERBERIN / DES BEWERBERS / DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

☐ **Bewerbung als Einzelunternehmen:**

Firmenrechtlicher Name:

Ansprechperson:

Adresse: ,

Telefon:

Fax:

E-Mail:

☐ **Bewerbung als Bewerbergemeinschaft:**

03/10

Kurzbezeichnung:

Mitglied 1 (vertretungsbefugt):

Ansprechperson:

Adresse: ,

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Leistungsanteil in %: %

Mitglied 2

Adresse: ,

Leistungsanteil in %: %

Mitglied 3

Adresse: ,

Leistungsanteil in %: %

ERKLÄRUNG DER BEWERBERIN / DES BEWERBERS / DER BEWERBERGEMEINSCHAFT

Wir bestätigen und erklären ausdrücklich,

- die in dieser Unterlage festgelegten Regelungen zur Kenntnis genommen zu haben und dagegen keine Einwände vorzubringen;
- zuzustimmen, dass die Entscheidung des Preisgerichtes in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar ist;
- dass alle Angaben dieser Bewerbung gewissenhaft ermittelt und wahrheitsgetreu gemacht wurden bzw. dies auch künftig erfolgen wird;
- dass gegen mich/uns weder ein abgeschlossenes noch ein laufendes Insolvenz- oder Liquidationsverfahren jeglicher Art vorliegt;
- im Sinne der §§ 68 bis 77 BVergG 2006 befugt, leistungsfähig und zuverlässig sowie strafrechtlich unbescholten zu sein und dass keine rechtskräftige Bestrafung oder Entscheidung wegen Verletzung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes § 28b Abs 2 oder im Sinn des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSD-BG) des § 7n AVRAG vorliegt;
- die in Österreich geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften im Falle einer Beauftragung einzuhalten;
- im Falle einer Beauftragung als Bewerbergemeinschaft die Leistung als Arbeitsgemeinschaft zu erbringen und dem Auftraggeber die Leistungserbringung solidarisch zu schulden;
- diese Erklärung frei und ernstlich abzugeben;
- die Referenzprojekte in eigenverantwortlicher Planungstätigkeit erstellt zu haben;

04/10

und beantragen die Teilnahme am gegenständlichen Wettbewerb.

.....
Ort, Datum

.....
Rechtsgültige Unterfertigung der Bewerberin / des Bewerbers mit Stempel und leserlicher Anführung des Namens der Unterfertigerin / des Unterfertigers (bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern).

BEKANNTGABE DER ERFORDERLICHEN SUBUNTERNEHMEN

Wir erklären, dass die nachfolgend bekannt gegebenen Subunternehmen im Falle der Auswahl für die Wettbewerbsstufe um in Auftragsfall tatsächlich zur Verfügung stehen (§ 103 Abs 3 und § 76 BVergG 2006):

Firmenrechtlicher Name:

Ansprechperson:

Adresse: ,

E-Mail:

Leistung:

%-Anteil an der Gesamtleistung %

Zum Nachweis der Eignung oder für Auswahlkriterium erforderlich:

☐ **Eignung**

☐ **Auswahlkriterium**

Firmenrechtlicher Name:

05/10

Ansprechperson:

Adresse: ,

E-Mail:

Leistung:

%-Anteil an der Gesamtleistung %

Zum Nachweis der Eignung oder für Auswahlkriterium erforderlich:

☐ **Eignung**

☐ **Auswahlkriterium**

Firmenrechtlicher Name:

Ansprechperson:

Adresse: ,

E-Mail:

Leistung:

%-Anteil an der Gesamtleistung %

Zum Nachweis der Eignung oder für Auswahlkriterium erforderlich:

☐ **Eignung**

☐ **Auswahlkriterium**

VERZEICHNIS DER ABGEGEBENEN UNTERLAGEN

Gemeinsam mit dem gegenständlichen Teil B Formblätter für den Teilnahmeantrag werden folgende Unterlagen als Teilnahmeantrag eingereicht:

Bezeichnung	Anzahl / Format der Seiten
Eignungsnachweise gem. Teil A Pkt. C.4	
Referenzprojekte für die Auswahl (2 Blätter DIN A1-Hochformat)	
Datenträger mit pdf-Dokument des gesamten Teilnahmeantrags inkl. Auswahlreferenzprojekte	
Eigenerklärung rechtsgültig unterfertigt	

06/10

.....

Ort, Datum

.....

...

Rechtsgültige Unterfertigung der Bewerberin / des Bewerbers mit Stempel und leserlicher Anführung des Namens der Unterfertigerin / des Unterfertiger (bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern)

FORMBLATT B.2

REFERENZPROJEKT 1 (gem. Teil A Pkt. D.8.1)

Projektbezeichnung Adresse, Ort	
Kurzbeschreibung des Projekts	
Nettobaukosten [mind. EUR 1,0 Mio. Referenz 1 oder 2]	
Erbrachte Leistung	Mindestanforderung: <input type="checkbox"/> Architekturplanung inkl. <input type="checkbox"/> Entwurf und <input type="checkbox"/> Einreichplanung <input type="checkbox"/> Ausführungsplanung (jedenfalls für eine Referenz Büro- oder Verwaltungsgebäude) Beschreibung der erbrachten Leistung:
Auftraggeber Ansprechpartner des Auftraggebers mit E-Mail und Telefonnummer	Name: E-Mail: Telefonnr.:
Bezeichnung des Auftragnehmers	Falls Einzelunternehmer: Falls Arbeitsgemeinschaft:
Falls Leistungserbringung in Arbeitsgemeinschaften	Leistungsanteil des Bewerbers (mind. 50% der Architekturplanungsleistung: %) Beschreibung des Leistungsanteils des Bewerbers: ARGE-Partner:

07/10



Nutzungsart	<input type="checkbox"/> Büro- oder Verwaltungsgebäude <input type="checkbox"/> Sonstige
Datum des Baubescheids (in den letzten 10 Jahren, nach dem 16.01.2010)	Tag/Monat/Jahr:

Ort, Datum

Stempel und rechtsgültige Unterfertigung
des jeweiligen Auftraggebers

Ersatzerklärung zum Referenzprojekt 1:

Ich bestätige als Bewerber / als Vertreter der Bewerbergemeinschaft durch meine Unterschrift, dass eine Bescheinigung durch den Referenzauftraggeber nicht erhältlich war und erkläre im Rahmen der gegenständlichen Ersatzerklärung, dass das oben angeführte Referenzprojekt die angegebenen Projektdaten erfüllt und darüber hinaus die Leistungen fachgerecht und ordnungsgemäß erbracht wurden.

08/10

Ort, Datum

Stempel und rechtsgültige Unterfertigung des Bewerbers

REFERENZPROJEKT 2 (gem. Teil A Pkt. D.8.1)

Projektbezeichnung	
Adresse, Ort	
Kurzbeschreibung des Projekts	
Nettobaukosten [mind. EUR 1,0 Mio. Referenz 1 oder 2]	
Erbrachte Leistung	Mindestanforderung: <input type="checkbox"/> Architekturplanung inkl. <input type="checkbox"/> Entwurf und <input type="checkbox"/> Einreichplanung <input type="checkbox"/> Ausführungsplanung (jedenfalls für eine Referenz Büro- oder Verwaltungsgebäude) Beschreibung der erbrachten Leistung:
Auftraggeber	
Ansprechpartner des Auftraggebers mit E-Mail und Telefonnummer	Name: E-Mail: Telefonnr.:
Bezeichnung des Auftragnehmers	Falls Einzelunternehmer: Falls Arbeitsgemeinschaft:
Falls Leistungserbringung in Arbeitsgemeinschaften	Leistungsanteil des Bewerbers (mind. 50% der Architekturplanungsleistung: %) Beschreibung des Leistungsanteils des Bewerbers: ARGE-Partner:
Nutzungsart	<input type="checkbox"/> Büro- oder Verwaltungsgebäude

09/10



	<input type="checkbox"/> Sonstige
Datum des Baubescheids (in den letzten 10 Jahren, nach dem 16.01.2010)	Tag/Monat/Jahr:

Ort, Datum

Stempel und rechtsgültige Unterfertigung
des jeweiligen Auftraggebers

Ersatzerklärung zum Referenzprojekt 2:

Ich bestätige als Bewerber / als Vertreter der Bewerbergemeinschaft durch meine Unterschrift, dass eine Bescheinigung durch den Referenzauftraggeber nicht erhältlich war und erkläre im Rahmen der gegenständlichen Ersatzerklärung, dass das oben angeführte Referenzprojekt die angegebenen Projektdaten erfüllt und darüber hinaus die Leistungen fachgerecht und ordnungsgemäß erbracht wurden.

10/10

Ort, Datum

Stempel und rechtsgültige Unterfertigung des Bewerbers